

Deutscher Freundschaftskreis in Schlesien

Die deutsche Menschenrechtsbewegung ist nicht mehr zu stoppen

Seit Anfang der 80er Jahre entstand in Schlesien eine Vielzahl von Initiativgruppen Deutscher, die bestrebt waren, durch Antragstellung bei den jeweiligen Verwaltungsbehörden einen offiziellen Status unter dem Namen "VERBAND DER DEUTSCHEN" zu erhalten.

Entgegen der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen und der KSZE-Schlußakte von Helsinki, die auch von der Volksrepublik Polen unterzeichnet wurden, haben die polnischen Behörden eine Eintragung ins Vereinsregister und eine Tätigkeit bis zum heutigen Tage rücksichtslos abgelehnt.

So stellte der Zusammenschluß dieser deutschen Initiativgruppen in Schlesien und auch in anderen Teilen Ostdeutschlands zum "DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREIS" (DFK) im Dezember 1985 einen zukunftsverheißenden Fortschritt dar. Für diese Form der Vereinigung ist nach Ansicht der Ostdeutschen weder ein Statut noch eine Registrierung notwendig.

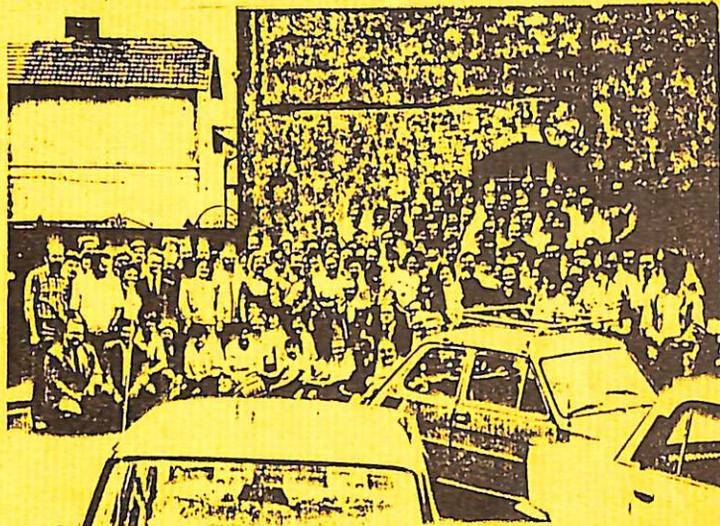
Die Menschenrechtsbewegung in Ostdeutschland wird seit dem Entstehen der Initiativgruppen bis hin zur Bildung des "DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISES" von der Arbeitsgemeinschaft "Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland (AGMO)" gefördert. Darüber hinaus unterstützt die Arbeitsgemeinschaft tatkräftig die ostdeutschen Menschenrechtler bei ihrem unermüdlichen Einsatz für Freiheit und Volksgruppenrechte. Die AGMO, eine Untergliederung der Schlesischen Jugend, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen an Deutschen in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands durch die VR Polen nach dem Muster bestehender Menschenrechtsorganisationen zu betreuen und zu dokumentieren. Ihr Ziel ist es, eine Verbesserung der Lage der Deutschen jenseits von Oder und Neiße herbeizuführen.

Die Mitglieder des "DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISES" sammeln Unterschriften von Deutschen, die sich zum Deutschtum bekennen, ihre Aktionen verbreiten sie durch Mundinformationen, Kontakte werden größtenteils persönlich geknüpft mit Hilfe von Namenslisten der Initiativgruppen. Hilfsbedürftige Deutsche sollen vom DFK unterstützt werden. Die Herausgabe eines deutschen Volksliederbuches wird angestrebt. Blasius Hanczuch bemüht sich bei den polnischen Behörden um Erteilung von Deutschunterricht in den Schulen.

Die Mitglieder des DFK halten regelmäßig Treffen ab, die in Privatwohnungen stattfinden. Erst kürzlich hat die Stadt Beuthen den schriftlichen Antrag des DFK auf Zuteilung eines öffentlichen Lokals abgewiesen.

Bei den Zusammenkünften werden Bücher ausgetauscht, die deutsche Sprache wird gepflegt, deutsche Volkslieder werden gesungen, Lesungen aus Werken deutscher Dichtung stehen auf dem Programm. Den Mitgliedern werden Unterlagen über die sie betreffende menschenrechtliche Problematik an die Hand gegeben. Eine Zusammenarbeit aller Freundschaftskreise wird angestrebt. Der DFK in Schlesien tritt auch an Abgeordnete des polnischen Parlaments heran, um immer wieder die Behauptung von der Nichtexistenz von Deutschen im polnischen Machtbereich zu widerlegen.

Geplant ist die Herausgabe einer kulturellen Zeitschrift "Unsere Muttersprache", die monatlich erscheinen und das Presseorgan des DFK darstellen soll. Die gerichtlichen Verfahren um die Aufhebung der Zensur für eine deutschsprachige Kulturzeitung werden fortgesetzt.



DFK-Mitglieder bei einer ihrer monatlichen Zusammenkünfte, hier in Groß-Neukirch/OS
Foto: AGMO

Seit dem Sommer 1986 wird eine Umfrage durchgeführt, ob die Herausgabe einer deutschsprachigen Kulturzeitschrift erwünscht sei. Mit dieser Befragung wird zugleich die Existenz einer deutschen Volksgruppe erneut unter Beweis gestellt.

Weiterhin gibt der DFK monatlich ein sogenanntes Informationsbulletin mit einer Übersicht über die laufenden Treffen und Angelegenheiten heraus. Die erste Ausgabe erschien am 1. Jahrestag der Entstehung des DFK im Dezember 1986.

Inzwischen hat der "Deutsche Freundschaftskreis" einen eigenen Stempel, er gibt Mitgliederausweise aus, sogar ein DFK-Emblem auf schwarz-rot-goldenem Grund wurde entworfen.

Trotz Hausdurchsuchungen, Verhören und Verhaftungen, Wegnahme von Geldmitteln und Schreibmaschinen sowie anderen Schikanen der polnischen Sicherheitsbehörden geben die Mitglieder des DFK nicht auf.

Die ablehnende Haltung Warschaus ist für die Deutschen nicht verständlich, weil ihnen bekannt ist, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen sich in zwei eigenen Verbänden entfalten können. Es handelt sich dabei um den "Bund der Polen in Deutschland" (gegründet 1922) mit ca. 7000 Mitgliedern sowie den Verband "Zgoda" (Eintracht), einer 1948 entstandenen kommunistischen Abspaltung vom "Bund der Polen in Deutschland". Beide Verbände, die nach eigenen Angaben etwa 14.000 Mitglieder haben, werden von Warschau gefördert. Ihre Aufgabe liegt darin, für die nationale Bewahrung des Polentums in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen.

Ihnen zur Seite stehen polnische Seelsorger.

Im Herbst 1986 äußerten führende Mitglieder des "Deutschen Freundschaftskreises" in einem "Aufruf an das deutsche Volk" die Hoffnung, daß die in Freiheit lebenden Deutschen sie in ihrem Bemühen um Anerkennung als deutsche Volksgruppe unterstützen mögen. Die Arbeitsgemeinschaft "Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland" in der Schlesischen Jugend (AGMO) hat dem Auswärtigen Amt alle vorliegenden Dokumente zur Verfügung gestellt, in der Erwartung, daß alle Anstrengungen unternommen werden, damit die Bundesrepublik Deutschland der Schutzpflicht gegenüber den deutschen Staatsangehörigen in den Oder-Neiße-Gebieten gerecht wird.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes leben im polnischen Machtbereich mindestens 1,1 Millionen Deutsche, überwiegend deutsche Staatsangehörige im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes.



Auf beiden Augen blind, wenn es um die Menschenrechte der über 1,1 Mio. Deutschen in Ostdeutschland geht: Polens Parteichef Jaruzelski

Dr. Dorothee Wilms, MdB, Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, in einem Interview der Zeitung "AKZENT" :

"Ich bejahe (...) die Schutzpflicht aus vollem Herzen und unterstütze im Rahmen der Kompetenzverteilung der Bundesregierung alle Aktivitäten, die auf die Verbesserung der Lage der Deutschen in den Ostgebieten des Deutschen Reiches gerichtet sind. (...) Menschenrechte, wie sie beispielsweise in den UNO-Menschenrechtspakten oder in der KSZE-Schlußakte verankert sind, müssen für alle Deutschen Gültigkeit haben."

"...Und mit dieser Zahl 1,1 Millionen, wie sie dort im Bundestag mitgeteilt worden ist, arbeiten wir auch in der KSZE-Konferenz in Wien und daran haben wir uns zu halten. Und diesen 1,1 Millionen deutschen Mitbürgern geht es schlecht. Es geht den Polen insgesamt nicht gut, aber die Deutschen sind das Schlußlicht, sie werden obendrein schlecht behandelt, d.h. sie haben im Materiellen, aber darüber hinaus im Immateriellen, bei der Pflege ihrer Sprache, bei den kulturellen Dingen, beim Beten in der Kirche -damit fängt es ja schließlich an ! - Benachteiligungen zu ertragen, die über das hinausgehen, was polnische Mitbürger im polnischen Machtbereich auch zu ertragen haben. Und das muß genau aufhören, das sind die Menschenrechte, für die sich diese Bundesregierung fundamental einsetzt."

Dr. Ottfried Hennig, MdB, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen im ZDF-Magazin vom August 1987

Die Bundesrepublik Deutschland hat für die Deutschen in Ostdeutschland von Verfassung wegen die Schutzpflicht. Um der Bundesregierung zu dokumentieren, wieviele Deutsche sich an diese Verfassungspflicht gebunden fühlen und sich für die Zulassung kultureller Vereinigungen Deutscher in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands einsetzen, ist die Arbeitsgemeinschaft "MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN OSTDEUTSCHLAND" auf tatkräftige Unterstützung in Form von aktiver Mitarbeit und Spenden angewiesen.



ARBEITSGEMEINSCHAFT
**Menschenrechtsverletzungen
 in Ostdeutschland**
 IN DER SCHLESISCHEN JUGEND
 Postfach 12 06 39 · 5300 Bonn 1

Helfen Sie uns bei unserer Arbeit - durch Mitwirkung und Spenden !
 Sonderkonto Nr. 22 666 11 bei der Dresdner Bank Bonn (BLZ 370 800 40)
 Stichwort : Menschenrechtsarbeit